Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 03.11.2026 **Drucksache** 19/**14320**

Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäumler, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr SPD**

Unser Bildungsversprechen für Bayern IV: Lehrpläne zukunftsfest machen – weniger Stoffdruck, mehr Zeit zum Lernen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Lehrpläne der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bayern systematisch zu überprüfen und neu auszurichten. Ziel ist es, sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die grundlegenden Kompetenzen erwerben, die sie für ihren weiteren Bildungsweg, ihr Berufsleben und die gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Zudem sollen Lehrkräfte durch klare Prioritäten, eine realistische Stofffülle und pädagogische Freiräume entlastet werden.

Dabei gilt:

– Das Wesentliche verbindlich sichern: Für jedes Fach und jede Jahrgangsstufe werden die unverzichtbaren fachlichen und überfachlichen Kompetenzen klar ausgewiesen, die alle Schülerinnen und Schüler sicher erwerben sollen. Maßstab sind die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz, für die beruflichen Schulen deren Rahmenlehrpläne.

– Stofffülle reduzieren, Lernzeit gewinnen: Die verbindlichen Inhalte werden auf ihren Umfang und ihre Bedeutung für den weiteren Bildungsweg überprüft und gekürzt; ein verbindlicher Kern wird von Vertiefungsinhalten getrennt. Die Lehrpläne müssen im vorgegebenen Stundenumfang realistisch umsetzbar sein und ausreichend Zeit für Üben, Wiederholen und Fördern, aber auch Fordern lassen; dafür wird ein fester Anteil der Unterrichtszeit reserviert. Neue Inhalte kommen nur hinzu, wenn an anderer Stelle entlastet wird.

– Zukunftskompetenzen verankern: Der reflektierte Umgang mit Künstlicher Intelligenz, ein kritischer Umgang mit sozialen Medien und Desinformation sowie Demokratiebildung einschließlich einer Stärkung der Fächer Politik und Gesellschaft (PuG) und Geschichte werden in den Fachlehrplänen und fächerübergreifend verankert.

– Verbindliches Verfahren sicherstellen: Die Staatsregierung legt einen verbindlichen Zeit- und Arbeitsplan für die Überarbeitung der Lehrpläne vor. Die Überarbeitung erfolgt durch das Institut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) und wird von der Bildungsforschung an bayerischen Hochschulen wissenschaftlich begleitet. Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler werden angemessen beteiligt. Bei beruflichen Schulen werden darüber hinaus die zuständigen Verbände und Organisationen der beruflichen Bildung, insbesondere die Kammern und die Sozialpartner, einbezogen. Die besonderen Anforderungen der beruflichen Bildung sowie die bundesweit abgestimmten Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen sind

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zu berücksichtigen. Die Staatsregierung berichtet dem Landtag regelmäßig über den Fortschritt der Umsetzung.

Begründung:

Nach den erneut unbefriedigenden Ergebnissen der im September 2026 veröffentlichten PISA-Studie hat die Staatsregierung angekündigt, die Stundentafel in der Grundschule anzupassen und den Schwerpunkt auf die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu legen. Die Ergebnisse von PISA und anderer Vergleichsstudien legen jedoch nahe, die Lerninhalte insgesamt zu überprüfen und anzupassen. Dies ist zuletzt mit dem LehrplanPLUS geschehen. Seither hat sich die Bildungslandschaft stark verändert. Die Lehrpläne in Bayern müssen inhaltlich aktualisiert werden, sich auf Wesentliches konzentrieren und mehr Zeit zum Üben lassen. Sie müssen eine gezielte individuelle Förderung und Forderung der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Klare Prioritäten und eine realistische Stofffülle entlasten zugleich die Lehrkräfte, die einen überfrachteten Lehrplan im vorgesehenen Stundenumfang heute kaum bewältigen können. Dafür braucht es eine systematische Überprüfung statt einzelner Korrekturen, punktuelle Änderungen reichen nicht aus. Die Staatsregierung verweist lediglich auf regelmäßige Überprüfungen und die Anpassung an das G9 (Drs. 19/7902). Doch zusätzlich zu mehr Konzentration auf Kompetenzen kommen mit Künstlicher Intelligenz (KI), sozialen Medien und Demokratiebildung neue Themen hinzu, die integriert werden müssen. Werden sie nur ergänzt, wächst die Überfrachtung. Bereits 2020 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor Lehrplänen gewarnt, die „eine Meile breit, aber nur einen Zoll tief“ sind.

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) empfiehlt, die unverzichtbaren Kompetenzen in Lehrplänen und Prüfungen verbindlich auszuweisen und sie zu sichern, bevor darauf aufgebaut wird (Gutachten Sekundarstufe I, 2025). 2026 fordert sie zudem eine verbindliche Konkretisierung der Curricula. Zur Demokratiebildung rät sie, Politik und Geschichte zu stärken und politische Medienbildung in die Lehrpläne aufzunehmen (Stellungnahme Demokratiebildung, 2024). Die Bildungsministerkonferenz hat im März 2026 unter bayerischem Vorsitz eine Roadmap beschlossen, um den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards verfehlen, binnen zehn Jahren deutlich zu senken. Im Oktober 2026 hat sie den Kompetenzrahmen „Bildung in der digitalen Welt“ um KI-Kompetenzen erweitert. Diese Ziele brauchen Raum in den Lehrplänen – ebenso wie Übung, Wiederholung und Vertiefung.

Das Bundesland Sachsen geht mit gutem Beispiel voran und überarbeitet seit dem Schuljahr 2026/27 erstmals seit 2004 alle 528 Lehrplandokumente gleichzeitig. Ziel sind Freiräume für Übung und Vertiefung sowie die Integration von Demokratie- und Medienbildung; die Reform soll bis 2030 abgeschlossen sein. Ausgerechnet Sachsen, das in den Ländervergleichen regelmäßig vorn liegt, handelt so. Bayern sollte diesem Beispiel folgen und dabei auch die beruflichen Schulen in den Blick nehmen. Auch dort verändern Digitalisierung und KI die Anforderungen in nahezu allen Ausbildungsberufen. Aufgrund der bundesweiten Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen sind hier die zuständigen Stellen, Kammern und Sozialpartner angemessen einzubeziehen.